

## Verhandlungsschrift

### über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee

Tag und Zeit: Dienstag, 4. November 2008

Tagungsort: Rathausaal

Beginn: 19.00 Uhr

#### **A n w e s e n d e :**

##### ÖVP-Fraktion:

- |     |               |                                     |
|-----|---------------|-------------------------------------|
| 1.  | Bürgermeister | Mag. Reiter Johann als Vorsitzender |
| 2.  | Vizebgm.      | Johann Schachl                      |
| 3.  | GV.           | Dr. Oskar Vogel                     |
| 4.  | GV.           | Stefan Gaisbichler                  |
| 5.  | EG.           | Harald Mayrhofer                    |
| 6.  | GR.           | Franz Loidl                         |
| 7.  | GR.           | Mag.Dr. Bernhard Roither            |
| 8.  | GR.           | Franz Huber                         |
| 9.  | GR.           | Peter Wechselauer                   |
| 10. | GR.           | Thomas Ebetsberger                  |
| 11. | GR.           | Franz Bauer                         |
| 12. | GR.           | Mag. Herbert Dachs-Machatschek      |
| 13. | EG.           | Martin Ebetsberger                  |

##### SPÖ-Fraktion:

- |     |          |                    |
|-----|----------|--------------------|
| 14. | Vizebgm. | Gertraud Eisterer  |
| 15. | GV.      | Ing. Kurt Berger   |
| 16. | EG.      | Günther Kasper     |
| 17. | EG.      | Johann Mayr        |
| 18. | GV.      | Gerald Mayrhofer   |
| 19. | GR.      | Irene Husly        |
| 20. | GR.      | Stockinger Rudolf  |
| 21. | GR.      | Ing. Karl Födinger |
| 22. | EG.      | Klaus Baran        |
| 23. | GR.      | Josef Püringer     |

FPÖ-Fraktion:

- |     |     |                   |
|-----|-----|-------------------|
| 24. | GR. | Ing. Heinz Hackl  |
| 25. | GR. | Mag. Erich Kaniak |
| 26. | GR. | Walter Liehmann   |

GRÜNE-Fraktion:

- |     |     |                                 |
|-----|-----|---------------------------------|
| 27. | GR. | Wolfgang Vogel                  |
| 28. | GR. | Isolde Katamay                  |
| 29. | GR. | Mag. Maria-Bernadette Märzinger |

Der Leiter des Gemeindeamtes: Hans Schmidt

Nicht anwesend (kurz vor Sitzungsbeginn entschuldigt):

GR. Herbert Aigner  
EG. Ernst Petkowitsch

**Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass**

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 23.10.2008 öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 8.10.2008 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
- f) Als Schriftführer für die Sitzung wird der Amtsleiter Johann Schmidt bestimmt.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen bekannt:

Für die Unterfertigung der Verhandlungsschrift werden von den Fraktionsobmännern folgende Gemeinderatsmitglieder bekannt gegeben:

- |                         |                            |
|-------------------------|----------------------------|
| Für die ÖVP-Fraktion:   | GV. Stefan Gaisbichler     |
| Für die SPÖ-Fraktion:   | Vizebgm. Gertraud Eisterer |
| Für die FPÖ-Fraktion:   | GR. Ing. Heinz Hackl       |
| Für die GRÜNE-Fraktion: | GR. Wolfgang Vogel         |

## Tagesordnung

### Berichte des Bürgermeisters

- a) Landeszuschüsse:  
 € 18.000.- für das Kulturfestival Attersee Klassik 2008 aus dem Ressort LH Pühringer  
 € 3.600.- für den laufenden Betrieb des Jugendtreffs aus dem Ressort LR Sigl
- b) Mitteilung des Bezirkshauptmanns Dr. Salinger in seiner Funktion als Rotkreuz-Bezirksleiter, dass sich LR Stöger, u.a. auch aufgrund der Initiativen der Abgeordneten Hirz, Hüttmayr und Kapeller, für eine Beibehaltung des bisherigen Notarztwagensystems entschieden hat.
- c) Das Land O.Ö. hat der Vorstellung des Dir. Wolfgang Sackel aus Litzlberg gegen den Bescheid des Gemeinderates (Versagung der Grundstückszusammenlegung – Aufschließungsbeitrag) keine Folge gegeben.
- d) Herr Neumann von der Firma Müller (Zentrale in Ulm / D) hat mitgeteilt, dass sich der Abbruch des alten Billa-Gebäudes verzögert. Bis Ende November sollten die Abbrucharbeiten abgeschlossen sein.
- e) Mit rd. 32.000 Besuchern wurde in der heurigen Saison im Strandbad der bisher beste Besuch seit dem Jahrhundertssommer 2003 festgestellt.
- f) Bei der Allerheiligen-Sammlung des Schwarzen Kreuzes wurden in Seewalchen € 1.388.- für die Erhaltung der Kriegsgräber gesammelt.
- g) Bei der Vollversammlung des Tourismusverbandes der Ferienregion Attersee wurden bei den Neuwahlen folgende Vertreter aus Seewalchen in die Kommission gewählt: Andrea Moravec aus Buchberg, Michael Doninger aus Seewalchen. Ersatz: Manfred Nagl aus Seewalchen, Mario Weichselbaumer aus Kraims. Weiters werden in die Kommission folgende Personen als Parteienvertreter der ÖVP entsendet: Sandra Praschl, Franz Bauer (Ersatz).

### Fragestunde

**Keine Anfragen, 6 Zuhörer**

### 1. Ehrungen

Bgm. Reiter:

In der Gemeindevorstandssitzung am 16.9. wurden folgende Personen für eine Ehrung vorgeschlagen:

Josef Egger	FF Steindorf – früh. Kdt. u. langjähriger Jugendleiter	VM.Bronze
FF-Jugend Steindorf	8.Platz Bundeswettbewerb	Anerkennungsurkunde
Schulschachmannschaft	3. Platz Bundesbewerb	Anerkennungsurkunde
Spalt Kurt	24h-Mountainbike Weltmeisterschaft WM-Titel im 4er der Klasse „Master“	Sportehrenzeichen in Bronze

Weiters sollen folgende Personen anlässlich ihrer Pensionierung offiziell verabschiedet werden (Ehrengeschenk).

VS-Direktor i.R. Plöderl Rudolf

Bez.Schulinsp.i.R.Klaus Schachtner

Gde.Bed. i.R. Hedwig Aumüller, Helga Schuster, Maria Hauseder

Vom Amt werden folgende Personen für eine Ehrung vorgeschlagen:

Maria Ehrnleitner  
DI Harald Huber

GVM, GRM  
GRM

VM Silber  
VM Bronze

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die vorgeschlagenen Ehrungen zu beschließen.**

GV.Berger Kurt betont, dass die SPÖ-Fraktion nach eingehender Diskussion zu dem Schluss gekommen sei, dass es bei einigen Ehrungen jetzt nicht der richtige Zeitpunkt wäre. Er habe diese Stellungnahme dem Bürgermeister mitgeteilt und gebeten, die Liste etwas zu ändern. Der Bürgermeister habe aber gesagt, dass an den Ehrungen keine Änderungen vorgenommen werden. Aus diesem Grund werde sich die SPÖ-Fraktion der Stimme enthalten. Es tue ihm sehr leid, weil es im wesentlichen natürlich nicht um die gesamten Ehrungen gegangen sei.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	18	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			FPÖ-Fraktion:	2	Hackl, Liehmann
			GRÜNE-Fraktion:	3	
Gegen den Antrag:	1	Stimme	FPÖ-Fraktion:	1	Kaniak
Stimmenthaltungen:	10	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	10	

**2. Feuerwehrfahrzeug**

Zuschlagsentscheidung für den Ankauf eines Rüstlöschfahrzeuges RLFA 2000 für die Feuerwehr Seewalchen

Bgm. Reiter:

Aufgrund der EU-weiten Ausschreibung wurden 3 Angebote abgegeben und am 16.9.2008 geöffnet. Anschließend wurden die Bieter gemäß der Ausschreibung eingeladen, ein vergleichbares Fahrzeug für die Bewertung und Ermittlung der Zuschlagskriterien vorzuführen. Die Firma Iveco hat am Tage der Vorführung telefonisch mitgeteilt, dass sie einer Vorführung nicht nachkommen könne.

Am 16.10.2008 fand die Bewertung der Zuschlagskriterien statt. Aufgrund der Bewertung wurde die Firma Rosenbauer Österreich GmbH. als Bestbieter ermittelt.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die Zuschlagsentscheidung für die Lieferung des Rüstlöschfahrzeuges 2000 (RLFA 2000) an die Firma Rosenbauer Österreich Ges.m.b.H., 4060 Leonding, als Bestbieter zu einem Preis von €335.591,75 zu treffen.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

### 3. Finanzierung Feuerwehrfahrzeug

Finanzierungsplan für den Ankauf eines Löschfahrzeuges (Type RLFA-2000) für die FF. Seewalchen gem. Förderzusage der Gemeindeabteilung des Landes

Bgm. Reiter:

Das Land OÖ. hat der Marktgemeinde Seewalchen a.A. zum Kauf des neuen RLFA-2000 den im Akt befindlichen Finanzierungsplan zur Beschlussfassung übermittelt. In diesem Finanzierungsplan sind keine Kosten für die Pflichtausrüstung dieses Tanklöschfahrzeuges enthalten, die lt. Schreiben des Landes von der Feuerwehr Seewalchen zu tragen ist.

Hinsichtlich des bereits beschlossenen Eigenmittelanteiles der Gemeinde und der Feuerwehr Seewalchen ändert sich durch diesen Beschluss nichts (siehe den am 14.2.08 beschlossenen und im Akt befindlichen Finanzierungsplan).

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
den vorliegenden Finanzierungsplan der Abtlg. Inneres und Kommunales des Amtes der öö.  
Landesregierung zu beschließen.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

### 4. Finanzierungsplan Friedhofsmauer

Finanzierungsplan für die Friedhofsmauersanierung der Röm. Kath. Pfarre gem. Förderzusage der Gemeindeabteilung des Landes

Bgm. Reiter:

In der GR-Sitzung am 8. Oktober wurde der Beitrag der Gemeinde Seewalchen und die Weiterleitung der zugesagten BZ zur Friedhofsmauersanierung der Pfarre Seewalchen beschlossen. Für die Gewährung der für das Jahr 2009 zur Auszahlung vorgesehenen BZ ist formal noch ein Beschluss des Gemeinderates für den vom Land OÖ. vorgelegten Finanzierungsplan erforderlich.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
den vorliegenden Finanzierungsplan der Abtlg. Inneres und Kommunales des Amtes der öö.  
Landesregierung zu beschließen.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

### 5. Kinderbetreuung

Änderung der Förderrichtlinien für Kinderbetreuungseinrichtungen vom 1.12.2005

Bgm. Reiter:

Da in letzter Zeit die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Kleinkinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben) stark angestiegen und in der gemeindeeigenen Betreuungseinrichtung (Krabbelstube Rosenau) nicht mehr alle Kinder untergebracht werden können, sind unsere Eltern/Mütter zunehmend auf Betreuungsplätze in anderen Gemeinden angewiesen.

In diesen Betreuungseinrichtungen gelten so wie in Seewalchen (Krabbelstube) bestimmte Aufnahmekriterien für Kinder aus anderen Gemeinden. Eine der Aufnahmevoraussetzungen ist die Bereitschaft der Wohnortgemeinde des Kindes zur Leistung eines entsprechenden Gemeindebeitrags (so wie in Seewalchen).

In unseren Förderrichtlinien ist bisher ein Fixbeitrag in Höhe von € 109.- je Kind und Monat festgelegt. Da dieser Betrag z.T. weit unter den erforderlichen und von den jeweiligen Betreuungseinrichtungen festgelegten Gemeindebeiträgen liegt, wird die Aufnahme von Seewalchner Kindern erschwert bzw. verhindert.

Daher wurde im Arbeitskreis Gemeindefinanzen die Thematik intensiv diskutiert und eine mehrheitliche Empfehlung ausgesprochen, die Förderhöhe für den Besuch von Seewalchner Kindern in auswärtigen Kinderbetreuungseinrichtungen entsprechend anzupassen.

Im Zuge dessen wurden vom Amt die bestehenden Förderrichtlinien überarbeitet und der vorliegende Entwurf zur Beschlussfassung vorgelegt. Zur in den Richtlinien angeführten maximalen Förderhöhe wird angemerkt, dass diese dzt. in der Krabbelstube Rosenau € 230.-/Kd/Mt. beträgt.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die vom Gemeinderat am 1.12.2005 beschlossenen Förderrichtlinien aufzuheben und die vorliegenden neuen bzw. geänderten Förderrichtlinien zu beschließen.**

GR.Födinger ist nicht nur der Meinung, dass diese Beiträge, die wir dann an andere Gemeinden bezahlen, im Sinne der jungen Familien seien, die Kinder in einer Kinderkrippe unterbringen müssen, sondern er möchte viel mehr der Meinung Ausdruck verleihen, dass es sehr ratsam sei, in Zukunft völlig auf diese Beiträge zu verzichten.

Zumindest auf diesem Wege solle man den jungen Familien das Leben erleichtern. Es sei eine Chance, den jungen Familien das Leben mit den Umständen, die die heutige Zeit erfordere zu gewährleisten und zu ermöglichen. Wenn es Gratisschule und in der Zukunft auch wieder Gratisstudienplätze gebe, dann sei es seiner Meinung nach zwingend notwendig, die Eltern bereits am Beginn dadurch zu entlasten, dass auch diese Kindergartenbeiträge wegfallen.

Vizebgm.Eisterer bekräftigt dies und ist ebenfalls der Meinung, dass junge Familien, die die höchsten Ausgaben und zum Teil geringe Einkommen haben, besonders gefördert werden sollten. Auch sie sei der Ansicht, dass es auf Sicht gesehen notwendig werde, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen kostenlos seien. Junge Familien haben so viele finanzielle Belastungen auf sich zu nehmen und man gehe dazu über, dass man den Familien generell helfe. Viele in der Gesellschaft haben ja auch mehr Kinder und es sei dann eine enorme finanzielle Belastung.

Sie appelliere an Alle, dass Kinderbetreuungsplätze egal ob Kindergarten oder Kindergrippe frei für die Eltern werden. Sie finde es wichtig, dass man nun den Schritt dahingehe, dass man die Beiträge von der Gemeindeseite her anhebe, weil damit Kinder, die wir in Seewalchen in unseren gut bis vorbildlich geführten Betreuungseinrichtungen nicht mehr unterbringen können, dass die Eltern dann die Möglichkeit haben, ihr Kind in einer Betreuungseinrichtung einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen.

GR.Vogel W. empfindet es als erfreuliches Zeichen, dass diese Einrichtungen so in Anspruch genommen werden, dass diese jetzt überbeansprucht sind. Man sollte vielleicht überlegen, ob man nicht in der Gemeinde eine zweite Gruppe in der Krabbelstube anbieten könnte, damit man die Kinder nicht abweisen und in andere Gemeinden schicken müsse.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies bereits in der Ausschuss-Sitzung diskutiert worden sei. Er meine, dass die jetzige Regelung von den Eltern als vertretbarer Kompromiss akzeptiert werde. Man sei auf dem richtigen Weg und in weiterer Folge werde man sicher das Thema zweite Gruppe aufgreifen.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 6. Subvention

Förderansuchen des Vereines Atterwiki zur Unterstützung des REGATTA – Projektes „Atterwiki“ (vormals Schatzgräber)

Bgm. Reiter:

Im Rahmen der Aktivitäten der REGATTA wird vom in Gründung befindlichen „Verein Atterwiki“ das gleichnamige Projekt als LEADER-Förderprojekt umgesetzt. In der REGATTA-Vorstandssitzung vom 23.6.2008 wurde dieses Projekt einstimmig als regionsübergreifendes und unterstützenswertes Projekt beschlossen und damit zur Fördereinreichung vorgesehen. Die Gesamtkosten sind mit 79.500 Euro budgetiert.

Die LEADER-Förderung (66%) wird demnach 42.470 € betragen, die erforderliche Eigenmittelaufbringung (34%) macht 27.030 € aus. Der Zeitraum der geplanten Aktivitäten reicht von Ende 2008 bis 2011. Dieses Projekt wird durch Personen aus allen REGATTA-Mitgliedsgemeinden (ehrenamtlich) unterstützt und umgesetzt. Die Schwerpunkte liegen in der örtlichen und gemeindeübergreifenden Kulturarbeit, in der Durchführung von themen-bezogenen Veranstaltungen und im Aufbau einer regionalen Wissensdatenbank ([www.atterwiki.at](http://www.atterwiki.at)). Nähere Infos zu diesem Förderprojekt sind der im Akt befindlichen Projektbeschreibung zu entnehmen.

Da bei diesem Projekt Eigenleistungen nicht berücksichtigt werden können und sonstige Einnahmen schwer zu erzielen sind, ersucht der Trägerverein „Atterwiki“ die REGATTA-Gemeinden um die Unterstützung durch einen einmaligen Beitrag von 1 € pro Einwohner im Jahr 2009.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
dem Trägerverein Atterwiki zur Umsetzung und Finanzierung dieses Leaderprojektes einen einmaligen Beitrag von 1 € pro Einwohner im Jahr 2009 zu gewähren.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

## 7. Regatta

Gemeindeübergreifendes regionales Beschilderungskonzept

Bgm. Reiter:

Die REGATTA beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit einem Projekt zur Schaffung eines regionsweiten einheitlichen Beschilderungs- und Leitsystems. Die dzt. Beschilderung ist z.T. aus den 70er Jahren und längst überholt. Mit der Konzepterstellung wurden der Industriedesigner Wolfgang Wurm aus Attersee und das Kreativbüro Günter Matern aus St. Georgen beauftragt. Das Konzept sieht einen gemeindeübergreifenden regionalen Beschilderungsteil vor (Portal- und Zonentafeln), und einen gemeindebezogenen Beschilderungsteil (Gemeindetafeln, Einzelschilder für Betriebe, Wegweiser, Hinweisschilder). Der regionale Anteil soll in erster Linie das gemeinsame Auftreten der 13 Gemeinden nach außen als REGION symbolisieren.

Das Konzept wurde bereits den Förderstellen in Linz und div. Experten vorgestellt. Als Regionalprojekt gilt es als bisher einzigartiges Pilotprojekt. Nach mehreren Arbeitssitzungen und Besprechungen, u.a. auch mit den Bürgermeistern und Gemeindebediensteten, ist das Projekt nunmehr so weit gediehen, dass von der Planungsphase in die Umsetzungsphase übergegangen werden kann. Dazu ist ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates von jeder am Projekt beteiligten Gemeinde notwendig, sowie weiters ein Beschluss, dass die Regionsgemeinden den auf sie entfallenden Kostenanteil für den Projektstart im nächsten Jahr bereitstellen. Dieser Gemeindebeitrag ist zunächst für die Aufstellung der regionalen Info- und Leitsystemtafeln (Portaltafeln, Zonentafeln) bereitzustellen.

Erst in weiterer Folge gilt es in den Gemeinden, ähnlich wie in St. Georgen (Pilotgemeinde), die Einzelbeschilderung (Wegweiser zu Betrieben, Einrichtungen, Straßen, etc.) zu strukturieren und organisieren. Durch das gemeinsame REGATTA-Auftreten ist es möglich gewesen, für das vorliegende Beschilderungs- und Leitsystem eine 50%-ige Förderung (EU-Förderung aus LEADER

für den gewerblich/touristischen Anteil, Landesmittel/BZ für den kommunalen Anteil) zu erhalten und damit eine einheitliche und dringend notwendige neue Regionsbeschilderung verwirklichen zu können. Das Konzept soll in allen 12 REGATTA-Gemeinden plus Unterach umgesetzt werden, und zwar in den Jahren 2009 und 2010.

Weitere Infos:

Bei den Planungen wurden auch die zuständigen Stellen der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck und ein Verkehrsplaner des Landes OÖ eingebunden, damit die Beschilderung entsprechend der Straßenverkehrsordnung gestaltet wird. Von den geschätzten Gesamtkosten der Regionsbeschilderung in der Höhe von 450.000 Euro werden Kosten von 220.000 Euro zur Förderung aus LEADER eingereicht (50% Förderung). Die 50% Eigenmittel müssen von den Gewerbe- und Tourismusbetrieben aufgebracht werden. Von der LEADER-Förderung ausgenommen sind Beschilderungen für den kommunalen bzw. öffentlichen Bereich (z.B. Hinweisschilder und Wegweiser für Schulen, Ämter, Freizeiteinrichtungen, Verkehrshinweise, usw.). Um auch die Gemeinden in den Genuss einer Förderung zu bringen, wird ein entsprechender Landeszuschuss aus dem Gemeinderessort beantragt (BZ). Beim Besprechungstermin mit LR Dr. Josef Stockinger am 11.9.08 wurde die Zusage gegeben, dass die Umsetzung der gemeindebezogenen Regionsbeschilderung in der geplanten Höhe von 230.000 Euro mit 50% aus Gemeindemitteln (BZ) gefördert werden kann. Somit verbleibt den Regionsgemeinden eine Eigenmittelaufbringung von insgesamt rd. € 115.000.-.

**Der Bürgermeister stellt den 1. Antrag,  
dem Projekt „Einheitliches Beschilderungs- und Leitsystem für die Region Attersee-  
Attergau auf Basis der Projekt-Version vom 27. Oktober 2008 grundsätzlich zuzustimmen**

**Der Bürgermeister stellt den 2. Antrag,  
die für die Umsetzung des regionalen Leitsystems (Portal- und Zonentafeln) erforderlichen  
Gemeindebeiträge im Jahr 2009 bereitzustellen**

GR.Hackl betont, sich bereits nach der Fraktionssitzung beim Bürgermeister gemeldet zu haben, da es Unklarheiten beim Zahlenmaterial gegeben habe. Er habe dann vom Bürgermeister den jetzt vorliegenden Antrag bekommen, er müsse aber doch etwas zu dieser Thematik sagen. Sein grundsätzlicher Zugang sei positiv. Beschilderung sei sicher wichtig. Wenn man sich die Schätzsumme anschauere, so rede man von 6,2 Mio. Schilling für die Region und man wisse, dass Schätzsummen immer eher niedrig angesetzt werden.

Dies sei in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nicht wenig, aber an den konkreten Zahlen habe er auch noch ein paar Sachen zu bemängeln. Er sei darauf gekommen, dass in der Übersicht in der Projektmappe nicht einmal die Einwohner von Seewalchen und Schörfling stimmen, diese seien vertauscht. Er gehe davon aus, wenn eine korrekte und kfm. gebildete Projektgruppe sich mit einem Thema befasse, dass man auch wenn es Schätzkosten seien, man immer von realistischen Kosten ausgehe solle. Wenn er sich anschauere, dass in Seewalchen für die allgemeine, also nicht EU-förderbare Beschilderung von € 4.166,- ausgegangen werde, habe er einen Umkehrschluss gemacht und die Zahlen aus dem Akt genommen.

Da gebe es eine nicht förderwürdige Summe, die vom LR.Stockinger zur Hälfte finanziert werde, diese habe er mit einem Einwohnerschlüssel unserer Gemeinde dividiert durch die Gesamteinwohner der Region, da komme er auf € 14.000,- und in den Schätzgutachten rede man von € 4.000,-. Dies sei keine Basis, sondern kaufmännischer Schlenker. Er werde dem Grundsatzbeschluss sicher zustimmen, aber er stelle den **Zusatzantrag,**

**ehestens vernünftige Kalkulationsgrundlagen vorzulegen.**

Weiters sei ihm nicht ganz klar bei der Übersicht über die Prozentaufteilung der Kosten, da heiße es 50 % Unternehmen, 25 % Tourismus, gebe er unter die Unternehmer hinein, das seien 75 % und wenn man sich die angeführten Kosten anschauere, da sei eine 50/50-Prozent-Aufteilung, also da stimme es auch schon um 25 % nicht. Es werde da sicher eine Erklärung geben und er ersuche, vor der nächsten Abstimmung diese ganzen Ungereimtheiten wirklich auszuräumen.

Der Bürgermeister entschuldigt sich, vergessen zu haben, der FPÖ-Fraktion das bezüglich Einwohnerzahl korrigierte Blatt nachzusenden. Im Akt sei es aber ausgewechselt worden. Grundsätzlich sei die Aufteilung nachzuvollziehen, aber da müsse man sich in Ruhe

zusammensetzen. Er habe das angeboten, aber man sei dann nicht dazugekommen. Bezüglich der Aufteilung der aliquotierten Mittel die aus Seewalchen kommen, aber in das gemeinsame Projekt einfließen, da sei es klar, jeder der eine größere Einwohnerzahl habe, habe aliquotiert einen höheren Beitrag der als Landesmittel durchgeschleust werde. Er finde den Zusatzantrag in Ordnung, dass man dann, wenn die Sache auch ausgeschrieben werde, da habe man die entsprechenden Angebote da und könne man das Zahlenmaterial entsprechend definieren und dann auch entsprechend die endgültigen Beschlussfassung zur Verfügung stellen.

GR.Hackl merkt bezüglich „Landesmittel die durchgeschleust werden“, an, dass die von ihm ausgerechneten € 14.000,-- schon um die Landesmittel bereinigt seien. Das sei der Nettobeitrag der Gemeinde Seewalchen.

GV.Berger K. unterstreicht das von Herrn Hackl Gesagte. Die Unterlagen waren auf jeden Fall so weit irreführend, dass er die Mitglieder der SPÖ-Fraktion über die Gesamtkosten falsch informiert habe. Man sollte für die Zukunft das Zahlenmaterial besser aufbereiten, dass man auch mit verhältnismäßig wenig Aufwand die Daten so feststellen könne, dass man mit dem Zahlenmaterial arbeiten könne. Trotz allem meine er, dass man diesen Grundsatzbeschluss fassen solle und er werde dem Zusatzantrag von Herrn Hackl auf jeden Fall zustimmen, weil er ihn als wichtig und notwendig erachte. Für die Zukunft sollte man versuchen, die Unterlagen etwas besser zu führen.

GR.Födinger K. schließt sich diesen Worten ebenfalls an. Wenn das nun aber so zu sehen sei, dass das jetzt einmal der Grundsatzbeschluss sei und dann die Finanzierung folge, finde er es in Ordnung. Er unterstelle zwar, dass man das in der REGATTA sehr intensiv ausdiskutiert habe, würde aber unterstellen, dass das auch ein Schritt in die Richtung sei, nur aus seiner Perspektive sei er zu klein. Wenn man es aus der Perspektive sehe, egal ob man aus der Richtung Linz oder Salzburg komme, da gebe es nur Attersee-West und Attersee-Ost. Die Unterunterteilung in diese 4 Teile seien sicher für einen Außenstehenden schwer zu begreifen und nachzuvollziehen. Er hoffe aber, dass dieser Aspekt diskutiert worden sei. Die EU wolle diese Einteilungen ja auch machen, die hier getroffen werden. Insofern sei es auch ein Schritt in die richtige Richtung. Er habe auch Bedenken bezüglich Finanzierung. Es werden erhebliche Mittel dafür eingesetzt. Auch die Beiträge von Brüssel seien indirekt Beiträge die auch von Österreich kommen.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten **1. Antrag** durch Handheben abstimmen und stellt eine ***einstimmige*** Annahme fest.

Der Bürgermeister lässt über den von GR.Hackl gestellten **Zusatzantrag** durch Handheben abstimmen und stellt eine ***einstimmige*** Annahme fest.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten **2. Antrag** durch Handheben abstimmen und stellt eine ***einstimmige*** Annahme fest.

## **8. Gemeindestraßen**

Erlassen einer Verordnung betreffend Auflassung des Gemeingebrauches einer Teilfläche (214 m<sup>2</sup>) des Grundstückes Nr. 2706/2, KG Litzlberg (Dachs, Buchberg)

Bgm. Reiter:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 8.10.2008 wurde der gegenständliche Tauschvertrag beschlossen. Für die grundbücherliche Durchführung ist jedoch eine straßenrechtliche Auflassungsverordnung erforderlich.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die vorliegende Auflassungsverordnung zu beschließen.**

GV.Berger K. geht davon aus, dass dies eine rein formalrechtliche Notwendigkeit sei. Nur habe sich für die SPÖ die Frage gestellt, ob man das nicht in Zukunft gleich zusammenfassen könnte.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 9. Gemeindestraßen

Erlassen einer Verordnung betreffend Auflassung des Gemeingebrauches einer Teilfläche (10 m<sup>2</sup>) des Grundstückes Nr. 2363/4, KG Seewalchen (Moser, Pettighofen)

Bgm. Reiter:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 8.5.2008 wurde der gegenständliche Kaufvertrag beschlossen. Für die grundbücherliche Durchführung ist jedoch eine straßenrechtliche Auflassungsverordnung erforderlich.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die vorliegende Auflassungsverordnung zu beschließen.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

## 10. Biotonnenentsorgung

Abschließen eines neuen Abfuhrvertrages

UA-Obmann Vogel O.:

Die Abholung der Biotonne wurde bisher von der Firma Fürthbauer, Puchkirchen, durchgeführt. In letzter Zeit häuften sich die Beschwerden - Tonnen wurden des öfteren nicht geleert, trotz mehrerer mit Herrn Fürthbauer geführten Gespräche, in denen er ein Abstellen der Unzukömmlichkeiten zugesagt hat, trat keine nachhaltige Verbesserung ein. Daher erfolgte die Kündigung des Vertrages. Um die Entleerung der Biotonnen weiterhin gewährleisten zu können, ist der Abschluss eines Vertrages mit einem anderen Entsorgungsunternehmen erforderlich. Der Vertrag soll mit 1. Jänner 2009 wirksam werden.

2 Betriebe, die Fa. AVE und die Fa. Schausberger wurden um Abgabe eines Angebotes ersucht. Von der Fa. AVE ist das Angebot eingelangt, die Fa. Schausberger hat nicht angeboten.

Im Hinblick darauf, dass bereits per 1. Jänner ein neues Abfuhrunternehmen die Entleerung der Bio-Tonne durchführen soll, und dass ein neues Abfallwirtschaftsgesetz in Vorbereitung ist, in dem eine neue Regelung der Entsorgung der biogenen Abfälle zentrales Thema ist, soll die Entleerung der Biotonnen in der bisher geübten Weise fortgeführt werden. Eine generelle Umstellung auf 120 Liter Sammelbehälter soll vorerst nicht erfolgen, und soll daher (bis zum Vorliegen des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes) die dzt. Regelung (mit großteils 23 Liter Sammelbehältern) beibehalten werden.

**Umweltausschuss-Obmann Vogel stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Umweltausschusses die AVE für 1 Jahr mit der  
Entsorgung der biogenen Abfälle zu beauftragen und den vorliegenden Abfuhrvertrag mit  
der AVE Entsorgungs GmbH abzuschließen**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vogel gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 11. Strauchschnittsammlung

### Neuorganisation

UA-Obmann Vogel O.:

Ab dem Frühjahr 2009 wird es nicht mehr möglich sein, Schredderarbeiten auf dem Areal des ASZ durchzuführen. Der für die Arbeiten erforderliche Platz wird durch den BAV für neue Sammelcontainer beansprucht. Um die Sammlung und Verwertung des Strauchschnittes wie bisher anbieten zu können ist die Vergrößerung der bestehenden Manipulationsfläche notwendig.

Gedacht ist an die Errichtung von zwei zusätzlichen Boxen für die Sammlung des Strauchschnittes. Eine Box wäre für die Schredderung freizuhalten.

In diesem Zusammenhang könnte auch der Standplatz für die Container zur Sammlung des Gras-Grünschnittes verlegt werden. Die Ableitung der anfallenden Wässer und der Befestigung des Vorplatzes sollte ebenfalls erfolgen. Von Herrn Baumeister Walter Fürthauer, Staudach, wurden 3 Vorschläge zur Umsetzung der Maßnahmen erarbeitet. Eine Kostenschätzung liegt vor.

**Umweltausschuss-Obmann Vogel stellt den Antrag,  
auf grund der einstimmigen Empfehlung des Umweltausschusses den Grundsatzbeschluss zu fassen, die Möglichkeit der Strauch- und Grünschnittanlieferung nach den vorliegenden Plänen des Baumeisters Walter Fürthauer, Seewalchen, zu verbessern.**

GR.Hackl betont, nicht unbedingt ein Freund dieser Grün- und Strauchschnittsammlung zu sein, weil einfach die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen und eine Ungleichbehandlung innerhalb der Bevölkerung stattfindet. Zum konkreten Fall hätte er gerne gewusst, wie sich die Kosten mit dieser Neuorganisation ändern werden und die heurigen Kosten bisher ausschauen. Außerdem werde erwähnt, dass das BAV einfach den Platz brauche. Grundsätzlich frage er ob die BAV Eigentümer des Platzes und der Infrastruktur sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass das ASZ dem Bezirksabfallverband zur Betreuung des Altstoffsammelzentrums übergeben sei. Man sei dort nach wie vor Grundeigentümer, aber auf vertraglicher Basis habe man das Grundstück dem BAV übergeben. Man könne also nicht mehr sagen, dass sie dort das frei lassen müssen. Im Wesentlichen sei es so, dass die Sammelcontainer die jetzt zusätzlich kommen nachgefragt werden. Er wisse nicht, ob es eine rechtliche Möglichkeit gebe um zu sagen, dass sie die zusätzlichen Container dort nicht aufstellen dürfen. Man habe aber erreicht, dass die Container nicht im Frühjahr schon kommen, sondern es sei auf ein Jahr zurückgestellt, so dass man die Möglichkeit habe, dort die Strauchschnittsammlung umzustellen.

Es gebe auch eine andere Möglichkeit, nämlich den dort gesammelten Strauchschnitt wegzutransportieren und wo anders zu häckseln. Es sei aber ein wesentlich höherer Aufwand. Das jetzige System habe sich zumindest mit dem Verkleinern auf Häckselgut bewährt, nur wie man es jetzt mache, dass man praktisch an einem Tag wo kein ASZ-Betrieb sei, das Ausfahrtsgitter geöffnet lasse, das werde dann nicht mehr möglich sein. Das wäre eine Möglichkeit die Investition zu ersparen, aber es stehe noch keine Finanzierung weshalb der Vorschlag vom Ausschuss sei, nur einen Grundsatzbeschluss zu fassen.

Dann werde man schauen was es an Landesmitteln gebe und was man effektiv als Gemeinde aufbringen müsse. Ob man das aus dem Budget nehme oder die Investitionskosten in die Gebühren hineinrechne sei eine politische Entscheidung. Üblicherweise habe man Investitionskosten nicht hineingerechnet sondern aus dem laufenden Budget finanziert, aber theoretisch wäre es machbar die Investitionskosten hineinzugeben. Zahlen über den heurigen Sammelanfall könne er noch nicht sagen.

GV.Vogel O. bemerkt, dass man in der Septembersitzung festgestellt habe, dass es ungefähr gleich mit den Vorjahren geblieben sei. Er meine es stagniere auf hohem Niveau, sei aber nicht mehr geworden.

Vizebgm.Eisterer sieht es als positiven Service für die Bürger, meine aber trotzdem, dass man wieder einmal schauen solle, wie viele „Sünder“ es gebe. Es gebe schon sehr viele unverschämte Personen. Sie bitte im Frühjahr wieder eine Kontrolle zu machen

GV.Vogel O. das sei immer ein Thema im Umweltausschuss und wenn es eine Entscheidung gebe, das Service noch zu verbessern, werde man überlegen müssen, ob man eine Zugangsbeschränkung mache oder nicht und wenn ja in welcher Form. Er werde sicher auf eine Zählung drängen. Man müsse dann die Kosten der Fehlbeschickung den Kosten der Überprüfung gegenüberstellen und überlegen ob es Sinn mache, da etwas einzustellen. Die bereits stattgefundenen Überprüfungen haben keine großartigen Übertretungen ergeben.

GR.Kaniak erwähnt, es scheine symptomatisch für Seewalchen zu sein, dass man sich in kleine Probleme verbeißt und den großen Überblick verliere. Man habe bereits vor 10 Jahren darauf hingewiesen, dass die Kompostierungsanlage-Zentrale der falsche Ort sei. Man wisse, dass das Industriegebiet kein idealer Platz sei.

Bürgermeister Limberger habe seinerzeit nur deswegen diesen Grund ausgewählt weil man den Grund um S 50,- bekommen habe. Es entbinde aber nicht der Aufgaben dieses Problem zentral aufzufangen. Eine zentrale Kompostierungsanlage, die die Bevölkerung nicht belästige und leicht erreichbar sei und auch die Befriedigung der übrigen Orte ins Auge fasse. Er hätte da erwartet, dass man ein Generalkonzept ausarbeite. Man brauche eine überregionale Lösung.

Der Bürgermeister meint, dass es früher oder später, möglicherweise schon nächstes Jahr wenn das neue AWG komme ein Thema werde, dass wie nun in Seewalchen ja auch schon spürbar auf Grund der guten Lieferungsmöglichkeit entlang dieser Straße doch auch aus anderen Gemeinden Anlieferungen kommen. Es sei zwar bei der vor 2 Jahren gemachten Zählung ein relativ kleiner Prozentsatz herausgekommen. Aber wenn es auch nur einer ist und der einen riesigen Hänger habe, das sei dann eine riesige Menge.

Er denke, dass auch dann wenn es beim AWG eine andere Möglichkeit gebe, wahrscheinlich auch der Bezirksabfallverband das übernehmen könnte, die Frage sei, ob es auch günstiger werde, denn zum Teil sei gerade beim Strauchschnitt auch noch verwertbares Material drinnen, das man ohne weiteres nicht nur zu Kompost häckseln, sondern vielleicht sogar zu Hackschnitzel und unter Umständen nach Timelkam ins Biomassekraftwerk liefern könnte, aber eben nur mit sehr hohen Personaleinsatz.

Er meine aber, dass zumindest für die mittelfristige Planung notwendig sei, dass man unsere Sammlung optimiere in der Hoffnung auf entsprechende Landeszuschüsse, denn wenn die Kostenschätzung bei der Gemeinde hängen bleiben würde, würde man sich das sowieso nicht leisten können. Der Grundsatzbeschluss würde lauten, das wie vorgeschlagen zu verbessern und in weiterer Folge gehe das nach Linz um zu schauen aus welchen Töpfen man Landeszuschüsse lukrieren könne.

AL.Schmidt erwähnt, er sei bei den Verhandlungen 1997 dabei gewesen und der einzige Grund, warum seinerzeit LR.Pühringer die Zufahrt für Private nicht genehmigt hat, sei die Unübersichtlichkeit bei der Ausfahrt in der Attersee-Bundesstraße gewesen. Wenn man aber denke, dass die Autobahnauffahrt hoffentlich relativ bald keine Autobahnauffahrt mehr sei, sondern eine Landesstraße wenn das Projekt dann zur Umsetzung komme, dann könne man von der derzeit bestehenden Autobahnauffahrt die Kompostieranlage leicht erreichen.

Der Bürgermeister lässt über den von UA-Obmann Vogel O. gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	26	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			SPÖ-Fraktion:	10	
			GRÜNE-Fraktion:	3	
Stimmenthaltungen:	3	Stimmen	FPÖ-Fraktion:	3	

## 12. Allfälliges

- a) GR.Hackl empfindet die Beschilderung der neuen Anton Bruckner-Straße als Katastrophe.

Der Bürgermeister antwortet, er könne jetzt nicht erklären wieso, aber es sei so verordnet worden. Es sei aber bei der Bezirkshauptmannschaft bereits deponiert worden und werde noch einmal überprüft.

- b) GR.Födinger K. weist auf die Gefährlichkeit bei der Kreuzung bei der sich der Fußgängerübergang über die Gamperner Bezirksstraße befinde hin. Letztes Mal habe man beschlossen, dass die Steindorfer Straße eine Stopp-Tafel habe, nehmen einige Steindorfer jetzt vermehrt die Gamperner Bezirksstraße. Er habe bereits letztes Mal auf die gefährliche Situation dort hingewiesen und dass Autos dort mit 100 und mehr km/h fahren, ungeachtet dessen, ob da jemand über diesen Fußgängerübergang gehen möchte. Er rege an, dass man sich im Straßenausschuss mit dieser neuen Situation auseinandersetze, was die Fußgänger betreffe. Es solle alles ausgeschöpft und beraten werden, wie dort ein gefahrloseres Überqueren möglich wäre. Es nütze nichts, wenn die Polizei fallweise kontrolliere. Er bitte dringend den Bürgermeister nicht nur e-mails zu schreiben, sondern wirklich Aktivitäten zu entfalten und sich damit auseinander zu setzen.

Der Bürgermeister betont hiezu, dass auf Grund der Anregung des Herrn Födinger die Ergänzung der Resolution erfolgt sei, auch diesen Kreuzungsbereich in den Resolutionstext aufgenommen. Die Resolution sei beim Land und erfahrungsgemäß werde es da einmal eine Begehung geben. Er lade den Bauausschuss dazu ein, wenn die Herren aus Linz kommen und es sollen sich beide Bereiche angeschaut werden. Man habe auch für diesen Bereich auch schon den konkreten Vorschlag einen Fahrbahnteiler zu machen, sodass der Zebrastrifen unterbrochen werde.

GV.Vogel O. meint, eventuell für zwischendurch die Querstreifen zu machen.

GR.Dachs-Machatschek ist ebenfalls für Vorbeugung und meint, dass es Ampeln gebe, die sich einschalten wenn sich ein Fahrzeug zu schnell nähert und dann müsse dieser Fahrer stehen bleiben.

- c) GR.Püringer kritisiert die unverständlichen Beschilderungen „Ortsende Seewalchen“ und zwar Richtung Knäulberg. Wenn da eine Ortstafel Seewalchen-Nord stehen würde, wäre das besser verständlich.

Vizebgm.Schachl betont, dass sich die Schilder nicht auf eine geographische Bezeichnung beziehen, sondern auf Ortsgebiet das in der Straßenverkehrsordnung als solches gekennzeichnet sei. Es gebe da Richtlinien.

- d) GR.Liehmann weist auf das Hinweisschild „Autobahn links“ hin, welches vor der Esso-Tankstelle vor der Auffahrt in das Ortszentrum von Seewalchen angebracht sei. Die Leute fahren dann irritiert in das Ortszentrum.

- e) GR.Katamay betont, ihr Anliegen seien die Gehwege in Seewalchen. Sie habe einen Artikel in der Zeitung geschrieben und habe sehr viel Echo bekommen. Speziell die Gehwegsituation nach Steindorf sei sehr schlecht, es gebe keinen Gehsteig und keine Beleuchtung und sie werde es immer wieder anschneiden, auch wenn es sehr schwer machbar sei. Weiters regt sie die Verbesserung des Kiesweges beim Friedhofsweg an.

Der Bürgermeister betont, dass der Gehweg nach Steindorf wirklich ein schwer machbares Projekt sei, weil durch die Aufböschung der Straße rechts und links relativ wenig Raum sei, am ehestens noch auf der Nordseite nur müsste man dann auf Höhe des Hauses Plöderl einmal queren. Auf der Autobahnbrücke habe man nur diesen schmalen Weg hinter der Leitplanke. Im Ort herinnen habe man gestern erst das Thema Pfarrhofmauer in der ÖVP-Fraktion diskutiert. Da habe es ja schon einmal den Vorschlag gegeben den Gehweg entlang des Pfarrhofes auf Standardbreite zu bringen. Da hätte man nur die Querung hinter der Sackgasse zur Esso. Er unterstütze das auch persönlich gerne und gebe auch einen konkreten Vorschlag, es gebe eine

Planung der Straßenmeisterei, denn in diesem Bereich sei es ja eine Landesstraße. Es wäre machbar aber nicht mit unbeträchtlichen Kosten.

GR.Liehmann betont, er meine dass Frau Katamay den direkten Weg vom Ende der Promenade bei der Paulickvilla gemeint habe.

Der Bürgermeister betont zu diesem Thema gebe es eine Möglichkeit diese Entlastungsstraße Seewalchen West zu machen mit einem Kreisverkehr unten. Kurzfristig werde es allerdings dort, wo jetzt die Promenade beim ehemaligen Haus Donninger mündet keinen Übergang geben. Man müsste dann sowieso wieder entweder rechts Richtung Esso oder nach links Richtung Schule um zu queren und dann müsste man entlang der Pfarrerbroaten den Gehsteig heraufziehen. Weiters sagt der Bürgermeister zu, den Kiesweg herrichten zu lassen.

- f) GR.Katamay merkt an, dass sie mit Wohlgefallen die verschönerten Veränderungen beim Kinderbad registriert habe. Eine Stegverbreiterung wäre da noch von allgemeinem Interesse.
- g) GR.Dachs-Machatschek regt an, die Gemeinderat-Einladungen nicht per RsB zu verschicken, worauf der Amtsleiter klarstellt, dass das bereits seit einigen Jahren nicht mehr gemacht werde, weil die Sitzungen im Sitzungsplan stehen. Aber in diesem Fall sei es eine außerordentliche Gemeinderatssitzung, weshalb man gesetzlich verpflichtet sei, die Verständigung nachweislich auszusenden.

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 8.10.2008 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:15 Uhr.

**Der Schriftführer:**

**Der Vorsitzende:**

.....  
(AL. Hans Schmidt)

.....  
(Bgm. Mag.Reiter Johann)

Gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 4.11.2008 wurden keine Einwendungen erhoben und ist somit genehmigt.

Der Vorsitzende:

(Bgm. Mag.Reiter Johann)

**Für die SPÖ-Fraktion:**

**Für die ÖVP-Fraktion:**

.....  
(Vizebgm. Gertraud Eisterer)

.....  
(GV.Stefan Gaisbichler)

**Für die FPÖ-Fraktion:**

**Für die GRÜNE-Fraktion:**

.....  
(GR.Ing.Heinz Hackl)

.....  
(GR.Wolfgang Vogel)